

Hilfe. Dagegen erhielten Staaten mit hohen Militärausgaben ungefähr die doppelt so große Hilfe pro Kopf wie die mit geringerer Rüstung. Für die vorrangigen menschlichen Bedürfnisse wie Grundbildung, Gesundheitsversorgung, Trinkwasseraufbereitung sowie Ernährungsprogramme würden nur sieben Prozent der Hilfeleistungen verwendet. Der Bericht betont die grundsätzliche Reformbedürftigkeit der offiziellen Entwicklungshilfe mit dem Ziel eines „progressiv, berechenbar und ausgewogen verteilt“ gestalte-

ten Systems. Übergangsweise sollten mindestens aber zwei Drittel der Entwicklungshilfe den ärmsten Nationen zufließen.

Zur Frage der Finanzierbarkeit dieser sozial abgedeckten weltweiten Entwicklungsaufgaben greift der Bericht den Gedanken der „Friedensdividende“ auf: Weltweit sollten die Militärausgaben in den neunziger Jahren um jährlich drei Prozent gekürzt werden, womit eine „Friedensdividende“ von 1,5 Milliarden Dollar erzielt werden könnte.

Die weltweite Dringlichkeit solcher durchgreifender Reformen sowie eines ausgewogeneren Verhältnisses zwischen reichen und armen Ländern unterstreicht der Bericht mit einem Negativszenario: Die Folgen der globalen Verelendung wären die dauerhafte Gefährdung des Friedens und die bedrohlich fortschreitende Umweltzerstörung. Besonders deutlich werden die Autoren jedoch bezüglich der zu erwartenden Armutsmigration: Armut brauche keinen Paß, um Grenzen zu überschreiten. A. F.

Der Riese taumelt

Offener und verborgener Rassismus in den Vereinigten Staaten

Die blutigen Rassenunruhen Ende April/Anfang Mai in Los Angeles, die auch auf andere Städte in den USA übergriffen, waren ein unübersehbares Signal für die gesellschaftlichen und sozialen Verwerfungen in dem immer noch mächtigsten Land der Welt (vgl. HK, März 1992, 114 ff.). Gerade der Rassismus, der in offenen und versteckten Formen grassiert, zeigt die innere Instabilität der Vereinigten Staaten. Die nicht bewältigte Integration und neue soziale Ausgrenzung vor allem schwarzer Amerikaner birgt erheblichen Sprengstoff.

„Der Riese taumelt“ – so hieß die deutsche Übersetzung des Buches, das Norman Podhoretz 1980 unter dem Titel „The Present Danger“ vorgelegt hatte, um auf den Präsidentschaftswahlkampf Ronald Reagans Einfluß zu nehmen (The Present Danger, Simon and Schuster, New York 1980; Der Riese taumelt. Amerika in Bewährung, Seewald, Stuttgart 1981). Podhoretz malte eine düstere Zukunftsperspektive Amerikas, wenn der strategische Rückzug, den Nixon und Carter eingeleitet hatten, unter Reagan weiterginge. Der Verlust der Vorherrschaft, die Finnlandisierung Amerikas und die Apokalypse eines dritten Weltkrieges bestimmten sein Szenario. Podhoretz sah die Supermacht USA dem Untergang entgegentaumeln. Reagan wurde zum „Kandidaten des neuen Nationalismus“ aufgebaut, der die Sowjetunion in ihre Schranken verweisen sollte.

Reagan wurde dann für acht Jahre der Mann dieses konservativen Nationalismus, der sich 1984 für die Wiederwahl und 1988 für die Weitergabe der Präsidentschaft an George Bush instrumentalisieren ließ. Reagan nutzte allerdings die Sympathien des „neuen Nationalismus“ bei der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion nicht aus. Er mußte ihn auch nicht mehr einsetzen: die Détente führte zu Rüstungskontrolle und Rüstungsreduktion,

Gorbatschow begann mit Perestroika und Glasnost, und die Sowjetunion löste sich allmählich auf.

Hatte sich der „Riese USA“ als der Sieger erwiesen? Gegenüber der Sowjetunion sicherlich, wegen der außen- und wirtschaftspolitischen Folgeprobleme jedoch nur bedingt. Der Verlust des Feindbildes Sowjetunion lenkte statt dessen die volle Aufmerksamkeit auf die *Binnenwelt der amerikanischen Gesellschaft*. Der Titel von Podhoretz kann heute mit einem neuen Wahrheitsgehalt geschrieben werden. Innen- und sozialpolitisch taumelt die übriggebliebene Supermacht – ist sie noch eine solche? – so stark, daß Betroffene wie Beobachter schon ihren Kollaps befürchten. Der Rassismus ist das Zentralproblem, an dem die innere Instabilität der USA sichtbar wird.

Offener Rassismus nur in Louisiana?

Der Bundesstaat Louisiana hätte bei der Gouverneurswahl am 16. November 1991 beinahe einen Neo-Nazi und ehemaligen Führer des Ku-Klux-Klan zum Gouverneur gewählt. *David Duke* war als Kandidat der Republikaner angetreten und kämpfte gegen den demokratischen Bewerber *Edwin W. Edwards*, der dreimal Gouverneur gewesen und 1987 wegen Korruptionsvorwürfen abgewählt worden war. Edwards hatte im Herbst 1991 den seit Januar 1988 amtierenden Demokraten Roemer bei den Primaries besiegt. David Duke stand im Begriff, die Vorbehalte gegen Edwards für sich zu nutzen und mit der hohen Zustimmung, die er bei den Weißen mit unteren Einkommen fand, in einen Wahlsieg umzumünzen. Duke bemühte sich während des Wahlkampfes, seine politische Herkunft zu verbergen. Erst das Engagement von Bürgerrechtsgruppen, die auf seine rassistische Vergangenheit aufmerksam machten und sie mit vielen Beispielen belegten, sowie der Einsatz der kritischen Medien führten in

einem noch nie dagewesenen Umfang zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Vor allem die schwarze Bevölkerung Louisianas (31 Prozent gegenüber 67 Prozent Weißen) mußte befürchten, daß ein Gouverneur Duke den Staat in einen Zustand von Rassenspannungen und Rassentrennung zurückführen würde, und nahm deshalb, was für die USA bis dahin unüblich war, fast vollzählig an der Wahl teil.

Das Wahlergebnis vom 16. November 1991 machte Edwards mit 61 Prozent der Stimmen zum Gouverneur (Duke: 39 Prozent). Die Wahlbeteiligung betrug bei schwarzen und weißen Wählern jeweils 80 Prozent. Erst die Einzelbeobachtungen zeigten jedoch, daß Edwards keineswegs einen strahlenden Sieg gegen einen Rassisten errungen hatte. Während die Schwarzen zu 96 Prozent für Edwards stimmten, entschieden sich bei den Weißen 55 Prozent für Duke. Die Teilgruppe der eingetragenen Republikaner stimmte mit 56 Prozent, die nicht festgelegten Weißen noch mit 50 Prozent für Duke. Nur die Demokraten entschieden sich mit 73 Prozent für Edwards (New York Times, 18. November 1991, A 8).

Die Mehrheit für Edwards war von den schwarzen Wählern und – ausgerechnet! – den weißen Geschäftsleuten mit höherem Einkommen geformt worden, was sicher keine für die Zukunft beständige Koalition war. Umfragen belegten, daß die Geschäftsleute sich für Edwards entschieden hatten, weil sie bei einem Sieg Dukes negative Folgen für die schon kränkelnde Wirtschaft Louisianas befürchteten. Duke fand die höchste Zustimmung bei den armen Weißen (Familieneinkommen unter 30 000 Dollar: 63 Prozent, unter 50 000 Dollar: 60 Prozent), an deren Ängste vor den Schwarzen er geschickt appelliert hatte. Duke hatte zwar die Gouverneurswahl verloren. Aber wegen der hektischen Polemik gegen ihn hatte er in wenigen Wochen einen Bekanntheitsgrad erreicht, wie ihn sonst nur einige nationale Amtsträger besitzen. Er bekam Spenden aus 46 Bundesstaaten, die 47 Prozent seines gesamten Spendenaufkommens ausmachten.

In Louisiana wurde durch den massiven Einsatz der überregionalen Medien und durch die rasche Bewußtseinsbildung unter den Schwarzen eine reaktionär-rassistische Mehrheit abgewehrt. Aber was würde geschehen, wenn die ganze Aufmerksamkeit der Nation nicht mehr auf einen Einzelstaat gerichtet und auch an anderen Brennpunkten sozialer Not die weiße Unzufriedenheit sich rassistisch äußern würde? Zu einem gleichzeitigen Medienkampf gegen mehrere Dukes wäre nie genug Geld vorhanden. Das innenpolitische Problem ist, daß die Partei Abraham Lincolns, die *Grand Old Party* der Republikaner, sich seit mehr als zwanzig Jahren der weißen Reaktion annäherte und ihre Wahlkampagnen immer mehr den Argumenten der rassistisch denkenden Bevölkerungsgruppen anpaßte. Bereits *Richard Nixon* hat mit seiner *Southern Strategy* weiße Wähler in den Südstaaten erfolgreich an die Republikanische Partei gebunden. Er hat mit dieser Strategie die im Süden über lange Zeit herrschenden und konservativ denkenden Demokraten noch rechts

überholt und in Erdrutschsiegen zu Verlierern gemacht. Seit der ersten Wahl Nixons zum Präsidenten im Jahr 1968 hatten die Vereinigten Staaten bis auf die folgenlose Amtsperiode *Jimmy Carters* (1977–1981) nur noch Republikaner als Präsidenten. Von 24 Jahren war also 20 Jahre lang ein Republikaner im Weißen Haus. Bushs Wiederwahl würde diese Zeitspanne auf 24 Jahre erhöhen. Das alles bedeutet einen *empfindlichen Rechtsruck*, der die weiße Bevölkerung polarisiert und konservative Politiker leicht mit der Angst der Weißen vor der schwarzen Gewalt spielen läßt. Weiße und schwarze Angst stoßen – wie im vergangenen November in Louisiana – aufeinander, führen zur Desintegration der Gesamtgesellschaft und machen eine heilende Sozialpolitik unmöglich. Ein pensionierter Ingenieur aus Massachusetts, der für Dukes Wahlkampf 50 Dollar einsandte, erklärte seine politische Philosophie so: „Die Republikaner kümmern sich um die Reichen, die Demokraten kümmern sich um die Schwarzen, und David Duke kümmert sich um die Weißen. Keiner sonst setzt sich für die Weißen ein. Ich denke, daß die Bürgerrechte dieses Land ruiniert haben“ (New York Times, 18. November 1991, A 15). Die Melting Pot-Vorstellung als amerikanisches Gesellschaftsideal hat in diesem Denken zu bestehen aufgehört.

Ghettorevolten und Rassendiskriminierung

Am 29. April standen in South Central Los Angeles mehr als hundert Häuser in Flammen, 54 Menschen wurden getötet und Hunderte verletzt. Die Stadt verhängte den Notstand. Der Gouverneur setzte die Nationalgarde, Präsident Bush Militär ein. Auf einmal stand Los Angeles im Bürgerkrieg. Die Ursache war, daß eine weiße Jury vier Polizisten freisprach, die einen schwarzen Autofahrer mißhandelt und schwer verletzt hatten. Der Freispruch erging, obwohl der Film eines Amateurs die Mißhandlungen bewies. Was *John Singletons* Film „Boyz ‘n the Hood“ erst vor ein paar Monaten vorweggenommen hatte, war Wirklichkeit geworden. Amerika erinnerte sich auf einmal wieder der Rassenunruhen, die in den sechziger Jahren in den schwarzen Wohngebieten Tod und Zerstörung gebracht hatten. An der Ursache für diese Gewaltausbrüche hatte sich seit den sechziger Jahren wenig geändert: Armut, Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Drogensucht, unzureichende Schulbildung und Diskriminierung lasten immer schwerer auf den dreißig Millionen Schwarzen, die 12,1 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Die *existentielle Hoffnungslosigkeit* ist die Voraussetzung für die Armutsvolten in den schwarzen Ghettos. Ein Funke genügt, um die brisante Mischung zur Explosion zu bringen.

Die Rassenunruhen von Los Angeles, die sich sofort auf Atlanta, San Francisco und weitere Städte ausdehnten, sind nur der Endpunkt in einer Kette von Gewalterruptionen, die sich wie ein roter Faden durch die jüngste amerikanische Geschichte zieht. Betroffen sind regelmäßig die Schwarzenviertel der Großstädte oder die Zonen, in

denen schwarze Armut und weiße Arroganz aufeinander treffen. Wie in Los Angeles gehen die Gewaltausbrüche unter den Schwarzen stets auf beschreibbare Ausgangspunkte zurück. Als *Spike Lees* aufrüttelnder Film „Do the Right Thing“ im Frühsommer 1989 in die Kinos kam, befürchteten weiße Kommentatoren, der Film werde in den Ghettos zu Unruhen führen. Der Film führte zu keinen Gewaltausbrüchen, denn er war die kompetente Analyse einer bedrohlichen Großstadtsituation mit filmspezifischen Mitteln.

In New York werden die Drehbücher statt dessen in den Straßen der „Neighborhoods“ geschrieben – so bereits zwei Monate nach Spike Lees Film in dem Wohngebiet Bensonhurst in Brooklyn. Am 23. August 1989 wurde Yusuf Hawkins, sechzehn Jahre alt, auf einer Straße von Bensonhurst durch eine Meute von etwa dreißig weißen, zumeist italienischstämmigen Jugendlichen gestellt, verfolgt und erschossen. Yusuf war mit drei Freunden aus dem schwarzen East New York nach Bensonhurst gekommen, um sich nach einem angebotenen Gebrauchtwagen zu erkundigen. Die vier Schwarzen stießen dabei auf die Meute, die vor dem Haus einer Gina Feliciano wartete, um sich mit deren schwarzen und hispanischen Freunden auseinanderzusetzen. Yusuf geriet also nur zufällig in eine ihm gar nicht zuge dachte Falle. Journalisten berichteten von Anwohnern, die Tage nach Yusufs Tod immer noch Gina Feliciano für die Tat verantwortlich machten: ein italienisches Mädchen habe sich nicht mit Schwarzen abzugeben (New York Times, 26. August 1989, A 26). In dem weißen Ghetto von Bensonhurst hatten die Tertiärtugenden über die Menschlichkeit gesiegt.

Bei einem Trauermarsch durch Bensonhurst am 26. August 1989 wurden die schwarzen Demonstranten angepöbelt und mußten von der Polizei geschützt werden. Bei der Trauerfeier am 30. August wurden Bürgermeister *Ed Koch* und Gouverneur *Mario Cuomo* als jüdische und italienische Rassisten beschimpft. Sie konnten die Glover Memorial Baptist Church nur durch einen Nebeneingang verlassen. Am Tag nach der Trauerfeier wollte ein Demonstrationszug über die Brooklyn Bridge nach Manhattan ziehen. Als ihn die Polizei daran hinderte, lösten gewalttätige Demonstranten Schlägereien aus, bei denen allein 44 Polizisten verletzt wurden. Die New York Times schrieb schon damals, daß die Temperatur in der Stadt rassistisch überhitzt sei. Das Thema Rasse sei wie ein empfindlicher, offenliegender Nerv für das Leben New Yorks (New York Times, 2. September 1989, A 12). Wie durch ein Wunder fand beim Tod von Yusuf Hawkins noch keine Explosion statt.

So wie die Trauerfeiern für Opfer, die bei rassistisch motiviertem Mord ums Leben kamen, zu Zündfunken für offene Gewalt werden können, so sind es – wie gerade jetzt in South Central Los Angeles – auch die Prozesse und Gerichtsurteile, die tatsächlich oder auch nur vermeintlich rassistisch sind. Die liberale Presse läßt sich zwar auch gelegentlich von den Sekundärfolgen des weißen Rassismus – ideologische Aufrufe zur Gewalt

gegen Weiße, Manipulation der Schwarzen durch Agitatoren, Höhe der entstehenden Schäden und exzessive Gewaltanwendung – ablenken, findet dann jedoch stets zu nüchternen und zutreffenden Situationsanalysen. Festgestellt wird, daß die Erklärungen der Politiker immer nur Spielarten eines gestenreichen, apologetischen Verbalismus seien, ohne daß irgendwo im politischen System der wirksame Versuch gemacht werde, das Leid der schwarzen Bevölkerung auch nur ansatzweise zu lindern.

Die ritualisierten Formen der Entrüstung enden dann, wenn nach den Trauerfeiern wieder eine kurze Phase der Beruhigung eintritt. Niemand findet den Weg zu einer *konsistenten Sozialpolitik*, weil die *classe politique* an den eingeübten Abwehrmechanismen gegen einen grundlegenden Wandel des Sozialsystems festhält. Die wechselseitigen Schuldzuweisungen zwischen den Bevölkerungsgruppen führen kaum zu zukunftsweisenden Handlungskonzepten. Die werbewirksame Geste ersetzt das kollektive gesellschaftliche Bewußtsein. Es gibt keine Politik, welche die Fragmentierungen des Melting Pot überwindet. Das ist eine Situation, in der sensible Theoretiker vor der realen Gewalt der Probleme fliehen und zugleich noch keine Politiker gefunden sind, die sich den Dilemmata der amerikanischen Gesellschaft stellen. Der außenpolitische „Sieg“, den die Supermacht USA nach zwei Generationen Kampf gegen den Kommunismus errungen zu haben schien, gab lediglich den Blick auf ihre innere Schwäche frei.

Schwarzes Elend in der Bronx

In den Tagen, in denen in Los Angeles über fünfzig Menschen getötet wurden und die Stadt brannte, unterbrach der Präsident seinen Wahlkampf. Aus dem Weißen Haus forderte Bush zur Ruhe und zum Vertrauen in die Verfassungsinstitutionen auf. Ob er dabei auch an die Jury von Los Angeles dachte, deren „Nicht schuldig“ die Rassenunruhen auslöste? Die plündernden Schwarzen skandierten drohend: „No justice – no peace!“

In den USA gibt es einen deutlichen Zusammenhang von rassistischer Gesellschaftsstruktur und schwarzer Armut. Das haben die jüngsten Rassenunruhen im Anschluß an den unverständlichen Juryspruch von Los Angeles bewiesen. Die tief in die amerikanische Geschichte zurückreichende Rassentrennung hat zu getrennten Gesellschaftssystemen der Weißen, Schwarzen und Hispanics geführt, in denen die Armut sowie die Chancen des Individuums, seine Armut zu überwinden, ungleich verteilt sind.

An der Südspitze des New Yorker Stadtteils Bronx, eingeklemt zwischen East River und Harlem River, liegt die Neighborhood Mott Haven. Mott Haven ist eines der ärmsten Notstandsgebiete New Yorks. Hier leben knapp 50 000 Menschen: 29 Prozent sind Schwarze, 69 Prozent sind Hispanics, je ein Prozent sind Weiße und andere. Der Besucher kommt sich wie in einer Mondlandschaft und dann wieder wie in der Dritten Welt vor. Die elementarsten Formen menschlichen Zusammenlebens sind in Mott

Haven beiderseits der East 138th Street nahezu aufgelöst. Um die Jahrhundertwende lebten irische und italienische Einwanderer in Mott Haven. Mit dem Wirtschaftsboom nach dem Zweiten Weltkrieg zogen diese Bewohner in die reichen Vorstädte, während die Schwarzen und Hispanics in Mott Haven einzogen.

Über das Ende amerikanischer Politik

Heute ist Mott Haven eine Neighborhood des schwarzen und – eingeschränkt und mit anderen Verläufen – des hispanischen Elends. Von den Bewohnern leben 38 Prozent von unzureichenden Wohlfahrtszahlungen. In der ansonsten schon als „arm“ eingeschätzten Bronx sind es nur 19, in ganz New York sogar nur 13 Prozent Wohlfahrtsempfänger. Obdachlosigkeit und Asylunterkünfte, Drogenbanden und tägliche Schießereien auf den Straßen, abgebrannte Straßenzüge, Arbeitslosigkeit für die Hälfte der arbeitsfähigen Bewohner – die überforderten Menschen leben nur noch in hoffnungsloser Beziehungslosigkeit. Das durchschnittliche Familieneinkommen beträgt 7600 Dollar, was mit dem weiter oben genannten Durchschnittseinkommen der „armen“ Weißen in Louisiana nicht mehr vergleichbar ist. Im Jahr 1991 wurden in Mott Haven, das beim Zensus von 1990 genau 48 086 Bewohner hatte, knapp 100 Menschen ermordet (New York Times, 18. Dezember 1991, B 3). Die Säuglings- und Kindersterblichkeit ist extrem hoch. Die Schwangerschaften von Kindern nehmen zu. Zwei Drittel aller Familien werden von alleinstehenden Müttern geleitet, die sich schon als Einzelpersonen nicht selbst helfen können.

Die vorgetragenen Details vermitteln den Eindruck, als entstammten sie dem Schreckensarsenal eines imaginären Folterstaates. Aber nein, Mott Haven liegt fast im Herzen von New York, das wegen seiner kulturellen Ausstrahlung mit guten Gründen auf eine Stufe mit Rom und Jerusalem gestellt wird. Von Mott Haven sind es nur wenige Meilen bis zu der berühmten Kreuzung von Fifth Avenue / 42nd Street. Und: Mott Haven, das Wohngebiet der armen schwarzen Menschen, liegt überall in den USA.

Die Versuche, den Menschen in Mott Haven zu helfen,

bleiben schwach. Den Kirchengemeinden, Selbsthilfegruppen und städtischen Einrichtungen fehlen die Mittel und die Sachkompetenz, entscheidende soziale Veränderungen einzuleiten. Auch dem Bundesstaat New York fehlen die Mittel, das überall und nicht nur in Mott Haven etablierte Elend zu bekämpfen. Dazu kommt das Problem, daß der notwendige sozialpolitische Wille nicht vorhanden ist. Das Denken der Politiker bleibt zu leicht den traditionellen Motiven der Rassendiskriminierung verhaftet. In der Bevölkerung ist keine Mehrheit zu finden, die die Rassen- und Armutsdiskriminierung beseitigen will. *Jesse Jackson* hat gefordert, daß die USA ebensoviel Geld in die amerikanischen Ghettos leiten, wie sie für die Rettung der ehemaligen Sowjetunion ausgeben. Würde die Regierung diesen Vorschlag aufgreifen, dann würden die USA in einem chaotischen Defizit versinken.

Wer will schon in einem Wahljahr in seinem Zuständigkeitsbereich für einen schnellen – das heißt: teuren – Abbau der Armut eintreten, wenn er damit ganz bestimmt seine Wiederwahl im November aufs Spiel setzt? Das gilt für Abgeordnete und Amtsträger in den Kommunen, für die Parlamentarier in den fünfzig Staaten, für die Abgeordneten und Senatoren im Kongreß – und für den Präsidenten selbst. Die Beseitigung der Armut – auch der Armut in Mott Haven – kostet Geld und bedeutet Steuererhöhungen. Zugleich wissen alle, daß kein Politiker gewählt wird, der die Steuern erhöhen will. Wie kann man eine Nation von 250 Millionen – oder den Teil in ihr, der höhere Steuern zahlen könnte – so umerziehen, daß die Mittel für den Abbau der Armut und Rassendiskriminierung zusammenkommen?

Es steht zu befürchten, daß auch die Rassenunruhen von South Central Los Angeles lediglich zu einer Phase des wohlfeilen Verbalismus führen, nach der alle wieder zum „business as usual“ zurückkehren. Die amerikanischen Politiker stehen im Begriff, an die Grenzen von Politik zu stoßen. Die verbliebene Supermacht birgt in sich einen immer größer werdenden Anteil von Dritter Welt. Amerikas Partner haben die daraus folgende Gefährdung des internationalen Systems zu erkennen. *Hermann Vogt*

Zwischen Ernüchterung und Hoffnung

Der Libanon im zweiten Jahr des Neuanfangs

Der libanesischer Bürgerkrieg ist zwar vorläufig beendet, die Zukunft des Landes deswegen aber noch keineswegs gesichert. Im Kräftespiel des Nahen Ostens verfügt die syrische Besatzungsmacht gegenwärtig über ausgezeichnete Karten. Wie kann da der Libanon die politische Unabhängigkeit bekommen, die seine Bewohner sich erhoffen? Andreas Rieck, Mitarbeiter des Hamburger Orient-Instituts, analysiert die Lage im Libanon vor möglichen Parlamentswahlen in diesem Sommer.

Einer der wenigen Lichtblicke in der von chronischem Unfrieden heimgesuchten Nahostregion schien im letzten Jahr die *Beendigung des über fünfzehn Jahre langen Bürgerkriegs* im Libanon zu sein, einem Land, dessen Name längst weltweit zum Inbegriff für Gewalt und Anarchie geworden war. Tatsächlich ist es 1991 gelungen, die schon sprichwörtliche *Libanisierung*, d. h. den Zerfall der staatlichen Ordnung durch ethnische und konfessionelle Aufsplitterung des Staatsvolkes, in ihrem „Ursprungsland“